

Verlags-Preis

In der Hauptredaktion über den im Stadtbuch auf den Seiten enthaltenen Ausgaben abgezahlt: vierzig Groschen. Bei zweimaliger täglichem Auftaillang ab 4.50, bei zweimaliger täglichem Auftaillang und Nacht ab 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich: vierzig Groschen. Bei ebenfalls freier mit entsprechendem Verkaufsstag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Augenland, Dänemark, Schlesien und Norwegen, Russland, den Vereinigten Staaten, der Europäischen Römer, Spanien. Für alle übrigen Staaten der Verlag aus unter Kreuzdruck durch die Republik dieses Staates möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7/8 Uhr, die Abend-Ausgabe Montags um 6 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannstraße 8.

Filialen:
Ulrich Gehrts vorm. C. Menn's Sohn.
Universitätsstraße 8 (Paulinum).
Neustadt 20, 21.
Katharinenstr. 14, port. und Königsgasse 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 631.

Mittwoch den 12. December 1900.

Die Niederlage des bürgerlichen Radicalismus in Süddeutschland.

Im Württemberg haben bekanntlich in der vergangenen Woche die Bewegungen zum Landtag stattgefunden. Sie haben, wie vermutlich gewesen war, die bürgerliche Eigentümlichkeit gezeigt, wie die allgemeine Reichstagswahl von 1898, nämlich einen starken Rückgang der bürgerlichen Demokratie und einen erheblichen Fortschritt der Sozialdemokratie.

Bei der Beurteilung des Ausgangs der Wahlkampf seitens des bürgerlichen Radicalismus, also seitens der Partei Radikalburg, tritt wieder einmal eine dieser Gruppe noch mehr als den Menschenfindern im Allgemeinen eigene Befürchtung hervor: während man nämlich die Fehler und die Niederlagen der Gegner nicht kräftig genug herausstreichen kann, beschönigt man die eigenen Mängel, lebt unter Hintansetzung des Princips der Partei. Die „Frankfurter Zeitung“ stellt bereit, daß die Volkspartei vor dem 23. November, wie sie gelangt ist, 12 Jahre erfolgreich bestanden werde und daß sie in den meisten anderen ganztägigen Aussichten habe. Damit wird gesagt, daß die Einbußen der Partei an Mandaten jedoch nur eine geringe sein werde.

Man sollte meinen, daß eine solche Beschönigung gerade einer demokratischen Partei über angeht. Denn die Demokratie besteht doch oft genug, daß es nicht auf die Zahl der Mandate kommt, sondern auf die Zahl der abgegebenen Stimmen. Und vom demokratischen Standpunkt aus ist diese Aufstellung eine vollständig zutreffende. Denn in Folge einmal der ungleichen Größe der Wahlkreise und zweitens der Menschenfinden bei den Wahlkreisen gilt die Zahl der schließlichen von einer Partei erungenen Mandate kein ausschlagendes Bild von der Volksstimme. Wohl aber läßt sich ein Bild herstellen aus einem Vergleich der den einzelnen Parteien zugestellten Wählerstimmen.

Rimmt nun über diese Ziffern zur Grundlage, so ergibt sich ein enormer Rückgang der Volkspartei zu Gunsten der übrigen Parteien, und zwar vor Allem der Sozialdemokratie. Bei den vorigen Landtagswahlen erhielt die Volkspartei 96 000, die Sozialdemokratie 32 000 Stimmen von insgesamt 286 000 abgegebenen Stimmen. Diesmal brachte die Volkspartei nur auf 74 000 von insgesamt 302 000 abgegebenen Stimmen, während die Sozialdemokratie 58 000 Stimmen erhielt. Rimmt nun zunächst das Verhältnis der auf die Volkspartei gefallenen Stimmen zu den Gesamtwahlbeteiligung, so ergibt sich, daß die Volkspartei vor fünf Jahren ein volles Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, diesmal nicht ganz ein Drittel. Rimmt nun das Verhältnis der beiden radikalen Parteien zu einander, so ist das Ergebnis noch unerträglicher für die Volkspartei. Denn damals entfielen auf die Sozialdemokratie genau drei Mal so wenig Stimmen, als auf die Volkspartei, während diesmal die Sozialdemokratie nur noch um ein Fünftel hinter der Stimmenziffer der Volkspartei zurücksteht. Seht sich der Rückzug der einen, der Fortschritt der anderen Partei bis zu den nächsten Landtagswahlen so fort, so wird dann die Sozialdemokratie an Stimmenziffern des Weltens über die Volkspartei stehen, können einem Jahrzehnt wiede unter gleicher Voraussetzung eine fast vollständige Umkehr der Wahlergebnisse festgestellt haben.

Der Grund zu diesem Wahlenübergang bürgerlich-radikaler Wähler zum sozialen Radicalismus liegt auf der Hand. Das verlorengegangene halbe Jahrzehnt wird gekennzeichnet durch eine starke Entwicklung der deutschen Wirtschaft zur See und der colonialen Politik. Für Briten haben die vollständigsten Zähler nur britisches Interesse. Es ist ihnen durch ihre — man verleihe das hohe Wort — „schnoddrige“ Nationalität allerdings erlaubt, eine große Zahl der vorwiegend bürgerlichen Wähler von dem Anschluß an nationale Auffassungen fernzuhalten, aber dieser „Gott“ sollte nicht ihrer eigenen Partei zu Gute kommen. Die Wähler haben sich gefestigt, daß, wenn wirklich eine starke Marine und eine energische Weltpolitik dem weiteren und engeren Waterlande zum Nachtheile gereichen, sie diejenigen Parteien unterstützen müßten, die diese Auffassung nicht mit billigen Wahlen, sondern mit grimmiger Kunde und unerschütterlicher Konsequenz befürworten. So wenig erwartet wie von jedem Wahlkreis der Wählermassen sind, so müssen wir doch diese Auffassungen der Wählermassen als richtig anerkennen. Entweder — oder, d. h. in dieser Halle, entweder austrokinisch-national oder aufseitlich international, entweder schwäbisch-württembergische Blätter oder die rote. — Das Schwab-Roth-Gebüd, das haben die württembergischen Kammertreiber von Neuen besessen.

Die Wirren in China.

Welt-Kritik.

Wenn die aus dem Innern Chinas zu uns gelangenden Nachrichten auf Wahrheit beruhen, so vollzieht sich dort allmählich ein Umsturz, der den Reichen sehr willkommen sein wird. Es handelt sich um Chinas die Macht der Kaiserin als ein zwar angefochtener, aber immer noch feststehender Punkt usw. Nach Entfernung des jetzt zu behandelnden moslemisch-chinesischen Generals Tungkuang aus Singanfu scheint die Kaiserin sich mit den Vicekönigen des Yangtsehales in Verbindung gesetzt zu haben und hat bei ihren Unterstellungen auf die militärische Macht dieser beiden Provinzen flüchten zu wollen. Tungkuang soll noch in der Provinz, in der sein moslemisch-chinesischer Anhang am größten ist, in Kunfu, angeblich, um dort seine Truppen zu entlassen. Während seiner Abreise von Singanfu hat Chungkuo seinen Truppen, denen der besondere Schutz des Hofes vertraut werden sollte, in einer genügenden Zahl solcher Truppen scheint es also noch zu fehlen; dabei wird es für möglich gehalten, daß Tungkuang seine Abstellentruppen in Kunfu nicht entlädt, sondern mit ihnen gegen Singanfu rückt, um sich das Einflusses auf den Hof zu verschaffen. Die Provinz sollte ebenso ihre Truppen nach am Yangtse: die Lage des Hofes, der jetzt zur Nachgiebigkeit gegen die Mächte geneigt ist, kann dennoch noch nicht als gefestigt angesehen werden. Chungkuo steht im Alter von 66 Jahren; er gilt als ein kraftvoller

Weggefährter Mann. Bei den letzten Ereignissen haben seine Truppen jedochfalls mitgewirkt. Die neue Führung der Fortbewegungen der Mächte ermöglicht dem Hofe, sich auch der Männer zu bedienen, die der Theilnahme an den Kriegen verdächtig sind. Chungkuo's Schuld wird von mancher Seite bestritten; der falsche Chinese scheint verstanden zu haben, die Sprüche seines Schuld zu verschleiern. Wie sicher er sich fühlt, geht auch daraus hervor, daß er früher einen Whung-Tschang als Unterhändler mit den Befestigungen in Kontakt genommen hat. Er ist ein Mann, der seine Landsleute in vielen Beziehungen überzeugt und dem auch manche Einflüsse der Kugelheit und der Milde zugewiesen werden.

Die Vollmachten.

Das „Bureau Laffon“ meldet aus Peking, 8. December: Keiner der beiden chinesischen Unterhändler hat eine offizielle Kopie des Erneuerungsdecrets, die mit Kaiserlichem Siegel und anderen nötigen Formalitäten ausgestattet ist. Whung-Tschang fügt vor, er und Prinz Tsching sollten sich gegenwärtig befinden, daß sie vollständig beauftragt sind, 12 Jahre erfolgreich bestanden werden und daß sie in den meisten anderen ganztägigen Aussichten habe. Damit wird gesagt, daß die Einbußen der Partei an Mandaten jedochfalls nur eine geringe sein werde.

Man sollte meinen, daß eine solche Beschönigung gerade einer demokratischen Partei über angeht. Denn die Demokratie besteht doch oft genug, daß es nicht auf die Zahl der Mandate kommt, sondern auf die Zahl der abgegebenen Stimmen. Und vom demokratischen Standpunkt aus ist diese Aufstellung eine vollständig zutreffende. Denn in Folge einmal der ungleichen Größe der Wahlkreise und zweitens der Menschenfinden bei den Wahlkreisen gilt die Zahl der schließlichen von einer Partei erungenen Mandate kein ausschlagendes Bild von der Volksstimme. Wohl aber läßt sich ein Bild herstellen aus einem Vergleich der den einzelnen Parteien zugestellten Wählerstimmen.

Rimmt nun über diese Ziffern zur Grundlage, so ergibt sich ein enormer Rückgang der Volkspartei zu Gunsten der übrigen Parteien, und zwar vor Allem der Sozialdemokratie. Bei den vorigen Landtagswahlen erhielt die Volkspartei 96 000, die Sozialdemokratie 32 000 Stimmen von insgesamt 286 000 abgegebenen Stimmen. Diesmal brachte die Volkspartei nur auf 74 000 von insgesamt 302 000 abgegebenen Stimmen, während die Sozialdemokratie 58 000 Stimmen erhielt. Rimmt nun zunächst das Verhältnis der auf die Volkspartei gefallenen Stimmen zu den Gesamtwahlbeteiligung, so ergibt sich, daß die Volkspartei vor fünf Jahren ein volles Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, diesmal nicht ganz ein Drittel. Rimmt nun das Verhältnis der beiden radikalen Parteien zu einander, so ist das Ergebnis noch unerträglicher für die Volkspartei. Denn damals entfielen auf die Sozialdemokratie genau drei Mal so wenig Stimmen, als auf die Volkspartei, während diesmal die Sozialdemokratie nur noch um ein Fünftel hinter der Stimmenziffer der Volkspartei zurücksteht. Seht sich der Rückzug der einen, der Fortschritt der anderen Partei bis zu den nächsten Landtagswahlen so fort, so wird dann die Sozialdemokratie an Stimmenziffern des Weltens über die Volkspartei stehen, können einem Jahrzehnt wieder unter gleicher Voraussetzung eine fast vollständige Umkehr der Wahlergebnisse festgestellt haben.

Der Grund zu diesem Wahlenübergang bürgerlich-radikaler Wähler zum sozialen Radicalismus liegt auf der Hand. Das verlorengegangene halbe Jahrzehnt wird gekennzeichnet durch eine starke Entwicklung der deutschen Wirtschaft zur See und der colonialen Politik. Für Briten haben die vollständigsten Zähler nur britisches Interesse. Es ist ihnen durch ihre — man verleihe das hohe Wort — „schnoddrige“ Nationalität allerdings erlaubt, eine große Zahl der vorwiegend bürgerlichen Wähler von dem Anschluß an nationale Auffassungen fernzuhalten, aber dieser „Gott“ sollte nicht ihrer eigenen Partei zu Gute kommen. Die Wähler haben sich gefestigt, daß, wenn wirklich eine starke Marine und eine energische Weltpolitik dem weiteren und engeren Waterlande zum Nachtheile gereichen, sie diejenigen Parteien unterstützen müßten, die diese Auffassung nicht mit billigen Wahlen, sondern mit grimmiger Kunde und unerschütterlicher Konsequenz befürworten. So wenig erwartet wie von jedem Wahlkreis der Wählermassen sind, so müssen wir doch diese Auffassungen der Wählermassen als richtig anerkennen. Entweder — oder, d. h. in dieser Halle, entweder austrokinisch-national oder aufseitlich international, entweder schwäbisch-württembergische Blätter oder die rote. — Das Schwab-Roth-Gebüd, das haben die württembergischen Kammertreiber von Neuen besessen.

* London, 11. December. (Tel.) „Daily News“ berichtet aus Shanghai unter dem 10. December: Der britische Consul mitgetheilt, daß er aus Nanking ein Telegramm erhalten habe, wonach die Verbündeten ziehen könnten in die Provinz Peit'hill, südlich von Tientsin bis an die Grenzen von Schantung, befreit hätten.

* Petersburg, 11. December. (Tel.) Der große Kreuzer „Gromoko“ ist von Sibau nach Ostasien abgegangen.

* Peking, 11. December. (Tel.) Der erste durchgehende Zug aus Tientsin seit dem Ausbruch des Boxeraufstandes ist heute hier eingetroffen.

Der Krieg in Südafrika.

Die Verstärkung der englischen Streitkräfte in Südafrika. Die Fortsetzung Lord Roberts', von den in Südafrika unter Waffen stehenden Truppen 20 000 Mann zurückzubringen und dafür ebenso viele frische Mannschaften einzustellen, ist von Lord Roberts zurückgezogen worden. Er sagt, eine solche Theorie würde die Moral der gesammelten Arme schädigen, und die Neuankommenden würden, da sie noch nicht an das Klima gewöhnt seien, für den Guerilla-Krieg noch weniger taugen. Dagegen verlangt Roberts 5000 Mann Reiter und außerdem noch 40 000 Fußsoldaten. Außerdem gehabt er, wie gemeldet aus den Anhängerstypen und aus den lokal gebildeten Kolonien noch eine 20 000 Mann unter Waffen zu stellen. Der übrige Bestand, wie ihn Roberts übernommen hat, ist folgender: Es waren nach Südafrika aus England und den Colonien 210 000 Mann gefandt und in Südafrika selbst 30 000 Mann ausgezogen worden. Davon fielen und starben 12 000, wurden verlustreich 14 000, wurden also insgesamt 46 000 verlustig. 27 000 blieben in Gefangenschaft, aber verloren 3000, wurden zurückgefandt im Gange 80 000, verloren im Felde noch etwa 145 000 Mann, welche Zahl Roberts in der Zeitschrift „Welt“ auf 170 000 Mann zu bringen will.

* London, 11. December. (Tel.) Bei der gestrigen Reichstagrede des deutschen Reichskanzlers bemerkte der „Daily Telegraph“, die heutige Seite reformte die Welt und Welt, in die die internationale Angelegenheiten von diesem britischen Staatsmann geregt werden sollen. „Sindbank“ meint, Großbritannien habe nichts, was Hoffnung auf eine deutliche Intervention befestigen, die Kräfte und seine Ruhgeber sind noch nicht gegen Südafrika. (Wiederholte)

* Bern, 11. December. (Tel.) Der Bundesrat hat einstimmig beschlossen, gegen den im Nationalrat geäußerten Wunsch über die Fortsetzung eines Friedensvertrages in der Transvaalfrage Stellung zu nehmen, und den Bundesräte beschreit, diesen Standpunkt im Nationalrat zu begründen.

Die fünftige politische Gestaltung Südafrikas.

Van Schiel und:

Am gleichen Tage haben sich der Held des Schorties und der Held der Feder über die zukünftige Entwicklung im Südafrika ausgesprochen: Lord Roberts, der Oberbefehlshaber der englischen Arme in Südafrika und von jetzt ab der Oberbefehlshaber des englischen Heeres überhaupt, und Lord Salisbury, der englische Ministerpräsident. Ringe und Diplomat hatten dabei ihre Rollen vertauscht: der Krieger schlug einen friedfertigen Ton an, der Diplomat einen trügerischen. Den Lord Roberts sprach davon, daß man nach Beendigung des Krieges den Boeren die Brudertreue zeigen soll und ihnen die Privilegien aufnehmen sollte, wie jeder Engländer wußte, Lord Salisbury aber erklärte französisch, daß die beiden Republiken auch nicht ein Stützen. Unabhängigigkeit gewünscht werden würde; sie würden einfach englische Kolonien werden und damit dazu.

Lord Salisbury gilt als einer der tückigsten und verschlagensten europäischen Diplomaten, aber so категорisch wollte er doch lieber nicht die Zukunft festlegen wollen. Das nach Beendigung des letzten Verzweigungsstamms der Boeren die beiden Republiken ja nicht englisch werden, erklärte allerdings als Sicher, aber nicht minder sicher erklärte es, daß sie es nicht überleben werden. Das schlichte Ergebnis der südafrikanischen Kriege wird sein, daß England nicht die beiden Kolonien zu seinem südafrikanischen Besitz hinzugeschlagen wird, wenn er unter Gewissheit aufzunehmen ist. Das gefährdet nur die Zukunft der neutralen Welt. Wenn ihr einen kolonialen Nebenländer irgend einer öffentlichen Versammlung (z. B. im deutschen Reichstag) feierlich erklären, daß es der befreundete Tag seines Lebens sei, wenn er angefordert wird, den glorreichen Grabstein der Religionsfreiheit erst noch zu vertheidigen, so geht nicht so einfach, dies zu glauben. Das liefert keine Wahrheit, aber sie bedeutet nicht, nicht mehr als die Verhandlungen eines Parlamentsmitgliedes an seine Wähler, wenn er auf der Abstimmung steht. Er spricht nicht Katholizismus, sondern Protestantismus und Union und will unter anderem umfangreiche jüdische Kolonien genauso aufnehmen wie Lord Roberts.

Charakteristisch des Befehls dieser Entstehung sind zwei Vergleiche, die sich am Beginn des letzten Herbstes im Cap-Parlamente zugedrängt haben und über die seiner Zeit die „Welt-Correspondence“ berichtet hat. Der erste Vergleich besteht darin, daß Cecil Rhodes, der erste Befehlshaber des Cap-Parlaments, ein sehr ehrliches Ergebnis der südafrikanischen Kriege, das er nicht minder sicher erklärte, es, daß sie es nicht überleben werden. Das schlichte Ergebnis der südafrikanischen Kriege wird sein, daß England nicht die beiden Kolonien zu seinem südafrikanischen Besitz hinzugeschlagen wird, wenn er unter Gewissheit aufzunehmen ist. Dies ist eine lebenswerte Wahrheit, aber sie bedeutet nicht, nicht mehr als die Verhandlungen eines Parlamentsmitgliedes an seine Wähler, wenn er auf der Abstimmung steht. Er würde nicht Katholizismus, sondern Protestantismus und Union und will unter anderem umfangreiche jüdische Kolonien genauso aufnehmen wie Lord Roberts.

Die zweite Vergleichung wurde unterbrochen einerseits durch die Befreiung der englischen Speculatorn — was so bekannt und so erwartet ist, daß hier schon die letzte Erwähnung genügt, andererseits aber, was weniger bekannt ist, daß die Schule des Cap-Parlaments einen Antrag erwähnt, der davon auszugehen scheint, daß die Boeren die Südafrikanische Republik legen zu können. (1) Zu dieser Möglichkeit gehören auch holländische Afrikaner, die doch wohl nicht daran denken, eine Englaudia als Macht verstehen zu wollen.

Wir sehen also, daß noch während des Krieges sich bereits wieder Höhen anspannen, um eine mehr als ein halbes Jahrzehnt zurückverdiente Entwicklung wieder aufzunehmen, die Entwicklung nämlich im Sinne des Begegnungswortes: Südafrika den Afrikanern. Diese Entwicklung wurde unterbrochen einerseits durch die Befreiung der englischen Speculatorn — was so bekannt und so erwartet ist, daß hier schon die letzte Erwähnung genügt, andererseits aber, was weniger bekannt ist, daß die Schule des Cap-Parlaments einen Antrag erwähnt, der davon auszugehen scheint, daß die Boeren die Südafrikanische Republik legen zu können. (1) Zu dieser Möglichkeit gehören auch holländische Afrikaner, die doch wohl nicht daran denken, eine Englaudia als Macht verstehen zu wollen.

Diese Entwicklung wurde unterbrochen einerseits durch die Befreiung der englischen Speculatorn — was so bekannt und so erwartet ist, daß hier schon die letzte Erwähnung genügt, andererseits aber, was weniger bekannt ist, daß die Schule des Cap-Parlaments einen Antrag erwähnt, der davon auszugehen scheint, daß die Boeren die Südafrikanische Republik legen zu können. (1) Zu dieser Möglichkeit gehören auch holländische Afrikaner, die doch wohl nicht daran denken, eine Englaudia als Macht verstehen zu wollen.

Diese Entwicklung ist darauf so beweiskräftig, weil die Geister im Südafrika in ihrer Unterstützung des Toleranzantrages die sehr jesuitische und durchaus nicht durchführbare Unterstreichung eines „politischen“ und einer „dogmatischen“ Toleranz mit Vorliebe gewählt haben.

Die Toleranz wird wohl der sozialdemokratischen Herrn v. Hollmann aus dem „Rambler“, das beides verweist: „bürgerliche und religiöse Freiheit“, schlagend widerlegt. Er sagt geradezu,

„Religionsfreiheit in dem Sinne von Freiheit für jedermann, seine Religion nach eigenem Belieben zu wählen, ist eine göttliche Errichtung, weil sie nicht vielerlei eingefordert hat, die religiöse Erziehung einer „politischen“ und einer „dogmatischen“ Toleranz mit Vorliebe gewählt haben.“

Die Toleranz ist darauf so beweiskräftig, weil die Geister im Südafrika in ihrer Unterstützung des Toleranzantrages die sehr jesuitische und durchaus nicht durchführbare Unterstreichung eines „politischen“ und einer „dogmatischen“ Toleranz mit Vorliebe gewählt haben.

Die Toleranz wird wohl der sozialdemokratischen Herrn v. Hollmann aus dem „Rambler“, das beides verweist: „bürgerliche und religiöse Freiheit“, schlagend widerlegt. Er sagt geradezu,

„Religionsfreiheit in dem Sinne von Freiheit für jedermann, seine Religion nach eigenem Belieben zu wählen, ist eine göttliche Errichtung, weil sie nicht vielerlei eingefordert hat, die religiöse Erziehung einer „politischen“ und einer „dogmatischen“ Toleranz mit Vorliebe gewählt haben.“

Die Toleranz ist darauf so beweiskräftig, weil die Geister im Südafrika in ihrer Unterstützung des Toleranzantrages die sehr jesuitische und durchaus nicht durchführbare Unterstreichung eines „politischen“ und einer „dogmatischen“ Toleranz mit Vorliebe gewählt haben.

Die Toleranz wird wohl der sozialdemokratischen Herrn v. Hollmann aus dem „Rambler“, das beides verweist: „bürgerliche und religiöse Freiheit“, schlagend widerlegt. Er sagt geradezu,

„Religionsfreiheit in dem Sinne von Freiheit für jedermann, seine Religion nach eigenem Belieben zu wählen, ist eine göttliche Errichtung, weil sie nicht vielerlei eingefordert hat, die religiöse Erziehung einer „politischen“ und einer „dogmatischen“ Toleranz mit Vorliebe gewählt haben.“

Die Toleranz ist darauf